

BÜRGERINITIATIVE

„EINE REICHT-KEINE ZWEITE B105“

Bundesstraße B105, Umbau statt Zusatzneubau!

Seit 2019 plant die Straßenbauverwaltung MV im Auftrag des Bundes auf nunmehr 2055 Seiten an Varianten für Ortsumgehungen der Orte Mönchhagen und Rövershagen herum. Das Ergebnis ist die Planung einer völlig neuen Trasse mit einem Flächenfraß von ca. 180.000 m² und Kosten von in 2023 (!!!) geschätzten 120.000.000 €. Dabei ist der vierspurige Ausbau der Ortsumgehung Bentwisch als Projektbestandteil finanziell noch gar nicht berücksichtigt. Das hat mit „Ortsumgehungen“ nichts mehr zu tun. Zu der eigenen, bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie, spätestens im Jahr 2050 keine neuen Siedlungs- und Verkehrsflächen mehr vorzusehen, steht diese Planung im krassen Widerspruch.

Die Unterstützer der Bürgerinitiative „Eine reicht - keine zweite B105“ verlangen:

- Einen nachvollziehbaren Nachweis des entsprechenden Bedarfs

Die Verkehrszahlen sind nicht zuletzt durch Veränderungen in der Arbeitswelt (Homeoffice) seit Jahren rückläufig, neue Fahrzeugtypen sind nicht nur emissionsfrei, sondern auch leiser. Die e-Mobilität wird bundesweit gefördert, die Einwohner- und Besucherzahlen stagnieren. Die Ergänzung der B105 mit einem dreibis vierspurigen autobahnähnlichen Neubau ist alles andere als zeitgemäß. Die Notwendigkeit einer zusätzlichen, neuen Straße wird stark angezweifelt und die vorgelegten Unterlagen verstärken diesen Eindruck.

- Eine ernsthafte Untersuchung der Ertüchtigung der bestehenden Trasse

Eine Reduzierung der aus dem Verkehr resultierenden Belastung der Anlieger ist natürlich wünschenswert.

Sofern aber in der Folge des Zusatzneubaus in Summe hierdurch mehr Anwohnerinnen und Anwohner benachteiligt als entlastet werden, löst sich das Argument einer Verminderung der Belastung der Anwohner in nichts auf, denn es werden nun nur andere betroffen sein. Insbesondere der über weite Strecken erhöhte Ausbau auf bis zu 13 m hohen Brücken und Dämmen wird für eine weitreichendere Lärmbelastung sorgen, als dies mit der derzeitigen Trasse der Fall ist. Ortsteile, die bislang kaum betroffen sind (Klein Bentwisch, Häschendorf Ausbau, Klein Kussewitz, Mönchhagen Oberdorf, Rövershagen Oberhäger Straße und Oberhagen und Rövershagen Ausbau) werden stark belastet. Der Vorteil der Einen wird zum Nachteil der Anderen. Selbst die Anwohner des östlichen Teils der Rostocker Straße in Rövershagen werden bei der Erhöhung im Zuge des Brückenbauwerks keinesfalls von Lärm entlastet, denn eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 70 km/h wird auf der Zusatzstraße nicht bestehen.

- Abwägung der wirtschaftlichen Folgen für die angrenzenden Betriebe und Landwirte

Viele der angrenzenden Betriebe sind Arbeitgeber der Bewohnerinnen und Bewohner der angrenzenden Orte. Es ist kein Geheimnis, dass touristischer Verkehr Kaufkraft in die Orte leitet, Ortsumgehungen leiten diese Kaufkraft daran vorbei. Unseren Landwirten werden wertvolle Bewirtschaftungsflächen entzogen, auch sie sind wichtige Arbeitgeber unserer ländlich geprägten Region.

- Kreisverkehre statt Ampeln, zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen

Die versprochene Verkürzung der Reisezeit aus dem Mittelzentrum Ribnitz-Damgarten und dem Oberzentrum Rostock um 35 min kann es mit den bestehenden Ampeln in Gelbensande und Altheide und 5 geplanten Ampeln auf dem autobahnähnlichen Zusatzneubau nicht geben. Auch dieses Ziel dürfte mit der

vorgelegten Planung verfehlt werden. Großformatige Kreisverkehre sind tägliche gebaute Praxis in vielen Ländern Europas, warum nicht hier?

- Schutz unserer Natur

Das östlich von Rostock gelegene Umland ist bereits jetzt stark durch Infrastruktur belastet. Umso kostbarer sind unsere naturnahen Räume! Bei der Erhebung der Daten und deren Bewertung bestehen augenscheinlich erhebliche Widersprüche und Fehler. Es ist notwendig, die Fachbeiträge und die Datengrundlage von unabhängiger, fachkundiger Seite überprüfen zu lassen.

- Öffentlichkeitsbeteiligung und offener Dialog

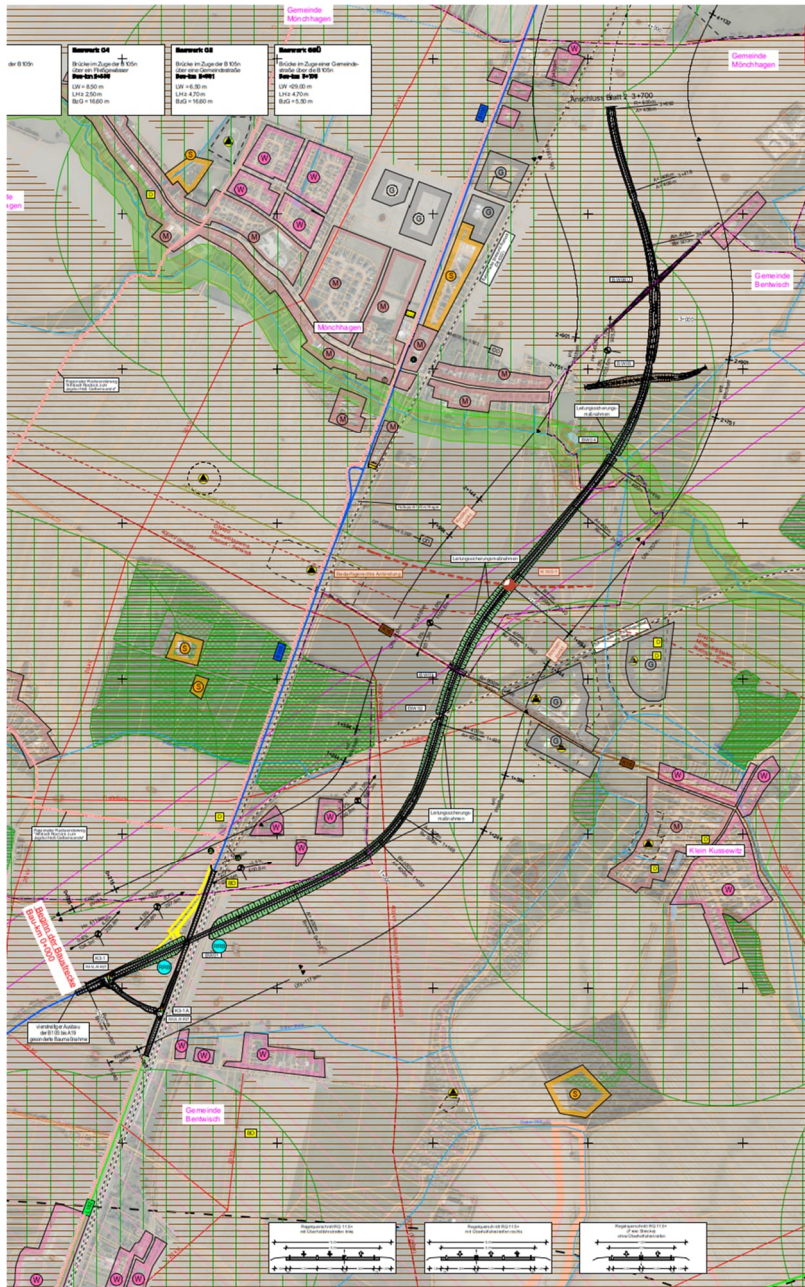
Für die Prüfung der umfangreichen Unterlagen und deren Datengrundlage ist der vorgesehene Zeitraum für eine Öffentlichkeitsbeteiligung von 8 Wochen (auch noch mitten in der Ferienzeit) eine unzulässige Benachteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die „Beteiligung“ entspricht eher einer Mitteilung, einem Dialog wird sich sowieso verweigert. Die vorgelegten Unterlagen sind unvollständig, teilweise veraltet und in weiten Teilen nicht nachvollziehbar. Hinweise vieler Betroffener werden konsequent ignoriert. Autorinnen und Autoren der Fachbeiträge sind nicht benannt, eine Überprüfung einer fachlichen Eignung ist nicht möglich.

Das Planungsverfahren muss gestoppt und die derzeitigen Unterlagen auf ihre Verwendungsfähigkeit überprüft werden. Die Planung muss in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen, und nicht über deren Köpfe hinweg.

Bürgerinitiative „Eine reicht - keine zweite B105!“

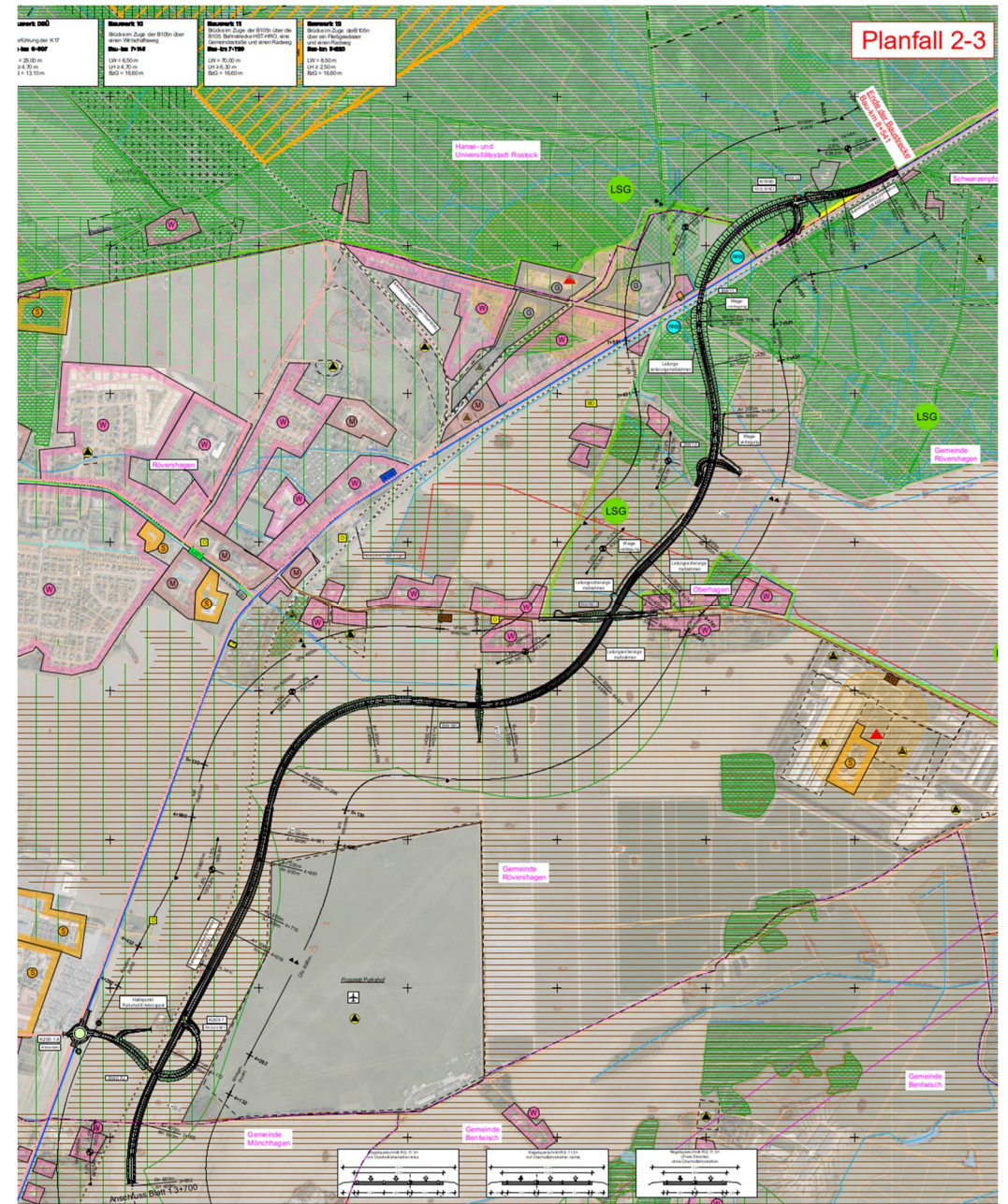
Kontakt: Andreas Krüger
Am Gutshaus 4, 18182 Klein Kussewitz, Telefon 0171 8330100,
Mailadresse: keine-zweite-b105@web.de

Onlinepetition: <https://chnng.it/hnh7YVYXgX>



Vorzugsvariante Planfall 2-3

Abschnitt Kreuzung Bentwisch-Flugplatz



Abschnitt Flugplatz- Schwarzenpfost